

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 54 (1974-1975)

Heft: 1

Artikel: Die Qualität des Lebens als Ziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Autor: Küng, Emil

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-162957>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Qualität des Lebens als Ziel der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Menschenbild und Glaubenssätze

Wer sich die Mühe macht, einmal die unkonventionelle Frage aufzuwerfen, welches *Menschenbild* der herkömmlichen Volkswirtschaftslehre und vor allen Dingen auch der traditionellen Wirtschaftspolitik zugrunde liegt, wird zu erstaunlichen Erkenntnissen gelangen. Er wird nämlich zur Feststellung genötigt, dass diese Vorstellung vom Menschen – die allerdings nicht explizit entwickelt wird – im Grunde unerhört primitiv ist. Der Mensch ist danach ein Wesen, das darauf ausgeht, jene *Nutzempfindungen zu maximieren*, die ihm aus dem *Gebrauch und Verbrauch von Gütern* erwachsen, welche der *Markt* anbietet. Güter anderer Art dagegen interessieren ihn nicht; Werte ausserhalb der Geldwerte sind ihm fremd. Die *Qualität* seines Lebens ist ausschliesslich eine Funktion der *Quantität* seiner *Güterversorgung*.

Daraus leiteten die Vertreter der Wirtschaftspolitik bis vor kurzem die Folgerung ab, sozusagen alle Anstrengungen hätten sich darauf zu konzentrieren, dieses *Versorgungsniveau anzuheben*. Es bestehe eine überaus enge Korrelation zwischen der Höhe der Realeinkommen und dem Glücksgefühl. Der Mensch sei in allererster Linie *Konsument*, und in seiner Eigenschaft als Nutzenmaximierer handle er vollkommen rational. Seine Präferenzen für die verschiedenen materiellen Dinge der Aussenwelt resultierten zur Hauptsache aus *angeborenen Bedürfnissen*, die autonom entstünden und daher nicht leicht zu beeinflussen seien; eine Abhängigkeit von den Urteilen der Umwelt existiere sozusagen nicht. Etwas überspitzt ausgedrückt: es ist das Gedankenmodell des Robinson Crusoe, das mehr oder minder mit der Wirklichkeit gleichgesetzt wird. Der Mensch wird gleichsam als Esser und Trinker ins Auge gefasst, und von allem anderen wird abstrahiert.

Es verwundert nicht, dass ein derartiger *Ökonomismus* mit seiner ausgeprägt *individualistischen Werthaltung*, wie er etwa der Grenznutzentheorie eigen ist, bestenfalls Teilerklärungen zu liefern vermag für das Verhalten der Wirtschaftssubjekte in der Realität. Ebensowenig darf es erstaunen, dass die Rezepte der *Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* in bezug auf die Qualität des Lebens ausserordentlichdürftig sind und sich im wesentlichen darauf beschränken, es sei fortgesetzt die Arbeitsproduktivität zu steigern und es müssten als Ergebnis davon den einzelnen stets höhere

Realeinkommen zur Verfügung gestellt werden. *Reichtum als Glücksgarantie* – so könnte man abgekürzt die herrschende Auffassung umreissen. Wohlstand als Synonym für die subjektive menschliche Wohlfahrt – so liesse sich die gedankliche Grundlage für den Grossteil der wirtschaftlichen Tätigkeit und der wirtschaftspolitischen Massnahmen charakterisieren.

Nun soll keineswegs bestritten werden, dass diese Auffassung in hohem Masse wirklichkeitsgemäß war, solange man sich im Stadium der *Armutsgesellschaft* befand. Genauso erscheint es durchaus verständlich, wenn die Regierungen in den heutigen Entwicklungsländern allergrößtes Gewicht auf das Wirtschaftswachstum als Ziel ihrer Politik legen. Hingegen leuchtet es ungleich weniger ein, wenn in den Wohlstandsgesellschaften das angedeutete Menschenbild und die ihm entsprechenden Glaubenssätze nach wie vor als gültig angesehen werden, obwohl doch die Verhältnisse zahlreiche und einschneidende Korrekturen nahelegen. Diesen Korrekturen wollen wir uns im folgenden zuwenden.

Der Mensch als soziales Wesen

In erster Linie ist hierbei hervorzuheben, dass das Robinson-Modell insofern nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt, als der Mensch natürlich nicht allein auf einer einsamen Insel lebt, sondern in Gesellschaft anderer, und dass die produktive arbeitsteilige Wirtschaft dieses Zusammenwirken sogar aufs höchste intensiviert hat. Infolgedessen richten sich die Bedürfnisse längst nicht bloss auf Güter, die man am Markt erwerben kann, sondern in geradezu überwältigendem Masse auch auf ungreifbare Dinge. Nicht umsonst sprach man von jeher vom *Geltungsbedürfnis* oder vom *Machtstreben*, vom *Drang nach Ruhm und Ehre*, von *Sozialprestige* und Fremdachtung als Zielen des individuellen Verhaltens. Jeder Psychologe wird bestätigen, dass es sich hierbei um ausserordentlich starke Motive handelt, und dass es sich der einzelne einiges kosten lässt, um die entsprechenden Bedürfnisse zu befriedigen.

In einem Zeitalter, das unter anderem gekennzeichnet ist durch einen ausgeprägten Zug zur Fundamentaldemokratisierung, zum Abbau der Statusunterschiede und zur Unsichtbarkeit des persönlichen Status fällt es nun nicht leicht, den Wunsch zur *Abhebung* gegenüber den anderen, zur *Auszeichnung* und zum Sichtbarmachen des eigenen Status zu erfüllen. In der anonymen Massengesellschaft kann man den anderen fast nur dadurch imponieren, dass man einen *aufwendigen Verbrauch* an den Tag legt. Durch diesen demonstrativen Konsum lässt sich zeigen, was man sich leisten kann und wie weit man es gebracht hat. In einer Reichtumsordnung ist es denn auch in hohem Masse der ostentative Verbrauch, der Eindruck macht.

Gleichzeitig kann dasselbe Verhalten freilich auch *provaktiv* wirken. Es hebt nicht nur das Selbstgefühl dessen, der sich auf diese Weise die ersehnten «Rangabzeichen» verschafft, sondern es übt *externe Effekte* aus, die sozialpsychologischen Charakter haben: Derjenige, der zusehen muss, welchen Lebensstil sich die anderen leisten können, während er selbst dazu nicht imstande ist, wird unzufrieden. Die Aufwandskonkurrenz trägt nicht nur dem ein psychologisches Plus ein, der sie mit Erfolg besteht, sondern ruft auch ein Minus hervor bei dem, der aus irgendwelchen Gründen zurückbleibt. Neid und Missgunst sind die Ergebnisse. Es tritt eine sekundäre, *relative Armut* in Erscheinung, die mit dem absoluten Stand der Befriedigung materieller Bedürfnisse nur wenig zu tun hat und die zur Hauptsache vom Vergleich lebt. Sie ist verknüpft mit einer *Entwertung* dessen, worüber man verfügt, das heisst mit einer *Wohlfahrtseinbusse*, die unter anderen Bedingungen vermeidbar wäre. Es ist der Wettbewerbsgeist, der sich nicht auf den Bereich der Produktion beschränkt, sondern auch den Konsum erfasst und der hier Anlass gibt zu einer Verringerung der Zufriedenheit bei den weniger Privilegierten.

Aus dieser Beobachtung lassen sich indessen bereits einige interessante Schlüsse ableiten hinsichtlich der Frage, wie man die Qualität des Lebens erhöhen könnte, und zwar ohne dass man sich stärker anzustrengen brauchte, um die Quantität der Güterversorgung zu verbessern. Die erste dieser Folgerungen geht dahin, dass eine *gleichmässigere Einkommens- und Vermögensverteilung* bei unveränderten Globalgrössen die Summe der menschlichen Wohlfahrt vergrössern könnte, indem bei den Angehörigen der unteren Einkommensschichten weniger Anlass zu Vergleichen mit den «oberen Zehntausend» vorhanden wäre.

Zweitens dürfte jedoch von einer *Mässigung im ostentativen Verbrauch* insbesondere seitens der Neureichen wahrscheinlich noch viel mehr erhofft werden in bezug auf die Verringerung von Neid und Unzufriedenheit. Denn es sind ja weniger die Einkommen, die sichtbar in Erscheinung treten und Ärger schaffen, als vielmehr der Luxuskonsum.

Drittens würde es auch zur Entspannung beitragen, wenn die *Verbrauchsnormen der «Konsumpioniere»* etwas *an Verbindlichkeit bei den Nachahmern einbüssen* würden. Eine grössere Autonomie im Urteil und Verhalten, eine geringere Verbrauchsgefolgschaft wäre mit andern Worten dazu angetan, die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten in ihrer sozialpsychologischen Bedeutung herabzumindern.

In der gleichen Richtung wirkte schliesslich eine *geringere Empfänglichkeit gegenüber dem Aufforderungscharakter der Marktgüter und gegenüber den Anpreisungen der Reklame*. Erstrebenswert wäre somit eine Verlagerung der Interessen auf den ausserökonomischen Bereich, also eine *Umwertung*

der Werte, eine relative Abwertung der Wirtschaft und eine entsprechende Aufwertung der Kultur oder der Kunst, der Religion oder der Politik, des Sportes und der Freizeit.

Besonders bemerkenswert an den genannten vier Punkten ist der Umstand, dass sie Möglichkeiten aufzeigen, wie sich eine *höhere Wohlfahrt* erzielen lässt *ohne Wirtschaftswachstum*, ohne Inanspruchnahme zusätzlicher Ressourcen, das heisst *ohne grösseren materiellen Wohlstand*. Daraus ergibt sich, dass die Qualität des Lebens sogar im ungünstigen Falle eines Nullwachstums durchaus noch steigerungsfähig ist. Diese Formulierung wird nachdrücklich bekräftigt, sobald wir uns den weiteren Korrekturen widmen, die an den überlieferten Auffassungen anzubringen sind.

Der Freizeitnutzen

Während die traditionelle Volkswirtschaftslehre sich im wesentlichen darauf konzentriert, die Marktgesetzmässigkeiten abzuleiten, stellt sich heraus, dass die Menschen in den Industrieländern einen wachsenden Teil ihres «psychischen Einkommens» aus ihrer *Freizeit* und nicht aus dem Nutzen der von ihnen konsumierten Güter ziehen. Zum Unterschied von früher hat die frei verfügbare Zeit nicht bloss die Aufgabe, *Erholung* und Entmüdung zu bieten und einen Ausgleich gegenüber den Einseitigkeiten des Berufslebens zu schaffen. Zu dieser Regenerations- und Ausgleichsfunktion hinzu tritt vielmehr in wachsendem Masse auch die *Bildungsfunktion*, handle es sich nun um die fachliche Weiterbildung oder um die allgemeine Daseinsorientierung. Vor allen Dingen aber gilt es zu berücksichtigen, dass der zunehmenden Freizeit eine *Erlebnisfunktion* beigemessen wird. Sie soll Spannung und Abwechslung, Unterhaltung und Vergnügen, Kunst- und Kulturgenuss, Sport und Spiel, Kontakt mit der Natur und mit fremden Ländern bringen. Sie bietet Gelegenheit zu Liebhabereien aller Art, das heisst zum Ausleben jener Neigungen, die sonst zu kurz kommen. Kurz: sie muss als eine Quelle des menschlichen Wohlbefindens betrachtet werden, die um so bedeutungsvoller wird, je mehr die Arbeitszeitverkürzung Fortschritte macht.

Daraus ist unschwer abzuleiten, dass eine *Herabsetzung der Arbeitszeit* in bezug auf die Qualität des Lebens einer *Vermehrung des Realeinkommens* als *ebenbürtig* anzusehen ist und insofern eigentlich hinzu addiert werden müsste. Jedenfalls geht es nicht an, sich mit der Erfassung des Güternutzens zu begnügen und zu behaupten, dies sei die allein entscheidende Grösse. In einer Freizeitgesellschaft resultiert daraus offensichtlich eine gewaltige Unterschätzung dessen, was zu erfassen wäre. Diese fällt um so stärker ins Gewicht, als der Freizeitnutzen im Unterschied zum Einkommen und zum Güternutzen *unbesteuert* bleibt.

Der Arbeitsnutzen

Die hier vorgeschlagene Ausweitung des Blickwinkels darf indessen nicht haltmachen beim Einbezug des «Freizeitkonsums», sondern sie hat die Perspektive noch weiter zu öffnen. Der Mensch ist ja nicht nur ein individuelles und ein soziales Wesen, ein Konsument von Marktgütern und von Freizeit, sondern er ist während eines nicht geringen Teils seiner Zeit *Erwerbstätiger*. In dieser Eigenschaft als Produktionsfaktor ist sein Empfinden nicht ausgeschaltet. Die herkömmliche Doktrin trug dem Rechnung, indem sie von der Unannehmlichkeit sprach, welche die Arbeit mit sich bringe und die zu kompensieren sei durch die Entschädigung.

Bei genauerem Zusehen offenbart sich jedoch, dass die Arbeit durchaus nicht ausschliesslich mit «disutility» verbunden ist. Das mag gewiss zu treffen für Schwerarbeit unter unangenehmen Bedingungen, für repetitive und monotone Verrichtungen. Gerade diese Tätigkeiten werden aber mehr und mehr an «mechanische Sklaven» in Gestalt von Arbeits- und Kraftmaschinen übertragen. Die übrigbleibenden Aufgaben sind keineswegs bloss eine Quelle der Unlust, sondern bieten in zahlreichen Fällen auch *Befriedigung*. Dies gilt um so eher, je mehr in der neueren Zeit Wert darauf gelegt wird, das Arbeits- und Betriebsklima zu verbessern, die Zeiteinteilung freier zu gestalten, den Arbeitsgehalt anzureichern und mit Abwechslungen zu versieren, die Mitbestimmung des einzelnen an seinem Arbeitsplatz herzustellen und so zur Selbstverwirklichung beizutragen. Dabei steht fest, dass die Arbeitgeber zu derartigen Neuerungen geradezu genötigt werden, falls Knappheit an Arbeitskräften herrscht.

Ganz abgesehen davon ist die Arbeit namentlich für viele selbständig Erwerbende, für Künstler und Wissenschaftler, für Verantwortungsträger und Sozialarbeiter befriedigend in sich selbst, weil sie verknüpft ist mit *Machtausübung* oder *Risiko*, mit einer Entwicklung und Anwendung besonderer *Fähigkeiten*, mit *Genugtuung* über das geschaffene *Werk*, mit einem *Dienst an der Gemeinschaft*, mit *Ansehen* und *Prestige*, mit einer *Mehrung des Vermögens* oder des *Einflusses* usw. Bei der Beurteilung der Lebensqualität ist es daher völlig unerlässlich, diesem Arbeitsnutzen oder der *Arbeitsfreude* Rechnung zu tragen. Die Erwerbstätigkeit hat ja nicht nur eine mikroökonomische Funktion im Sinne der Sicherung des Lebensunterhaltes. Es kommt ihr vielmehr auch eine *sozialpsychologische Funktion* in dem Sinne zu, dass sie Gelegenheit bietet zu menschlichen Kontakten und zum Gedankenaustausch unter Personen in gleicher Lebenslage und mit ähnlich gerichteten Interessen, zur Bewährung und zum Aufstieg, zur Anerkennung durch andere und zum Zusammenwirken in der Gruppe. Es erscheint deshalb im Grunde genommen unverständlich, wenn nur das «konsumtive

Glück» beim Verbrauch von Gütern in Betracht gezogen wird, nicht aber auch das «*produktive Glück*», das sich beim Schaffen von Werten aller Art einstellt.

Diese Werte, so muss hinzugefügt werden, brauchen keinesfalls blos ökonomischer Natur zu sein. Arbeit wird ja nicht nur im Rahmen der Erwerbstätigkeit geleistet, sondern auch ausserhalb. Und produziert werden dabei nicht allein Marktwerte, die in die nationale Buchhaltung eingehen, sondern *ästhetische* oder *ethische Werte*, Schönes, Gutes oder Wahres. Vielleicht ist es aber auch die Tätigkeit als solche, die unabhängig von ihrem Ergebnis lustbetont ist. Derartige Ursachen des Wohlbefindens auszuklammern und zu vernachlässigen, kann nur einem Zeitalter einfallen, das in höchstem Masse dem Ökonomismus verhaftet ist. Heute, da die Arbeitsunannehmlichkeit immer stärker zurückgedrängt wird und der Arbeitsnutzen demzufolge im grossen und ganzen steigt, ist diese Sicht der Dinge jedenfalls nicht mehr zulässig.

Die Gesundheit

Eigenartigerweise existiert im Menschenbild der ökonomischen Vorstellungen nicht einmal der Mensch als *biologisches Wesen*. Und dies, obwohl doch schon Schopenhauer darauf aufmerksam gemacht hatte, neun Zehntel unseres Glücks beruhten auf der Gesundheit. Von ihm soll auch der Satz stammen: «Gesundheit ist nicht alles, doch ohne Gesundheit ist alles nichts.» Anders formuliert: es mag jemand noch so sehr mit materiellen Gütern gesegnet sein – sobald er krank ist, hat er sozusagen nichts mehr davon. Die Gesundheit ist deshalb die Grundlage unseres Wohlbefindens, die *notwendige Voraussetzung* für ein befriedigendes Lebensgefühl.

Daraus geht etwa hervor, dass eine richtig verstandene staatliche *Gesundheitspolitik* sehr wohl imstande sein mag, mehr zur Qualität des Lebens beizutragen als eine reichlichere Güterversorgung – insbesondere dann, wenn sie präventiv einwirkt. Obwohl ihre Kosten im übrigen unter die Konsumausgaben eingereiht zu werden pflegen, ist sie beispielsweise in Entwicklungsländern geeignet, höchst produktive Konsequenzen auszulösen, indem sie die Leistungskraft der Arbeitsfähigen erhöht.

Der Gesundheitsbegriff lässt sich sodann mühelos in einem *erweiterten Sinne* interpretieren, in welchem er auch *psychische* und *soziale Zustände* umfasst. In der Tat beeinträchtigen ja seelische, geistige oder gesellschaftliche Störungen unseren Lebensgenuss genauso wie physische Ungleichgewichte. Eine anthropologische Betrachtung offenbart sofort, dass die Strebungen des Menschen nicht nur darauf gerichtet sind, zu überleben

und schöner zu leben in einem rein materiellen Sinn, sondern dass er auch nach Entfaltung und Entwicklung trachtet, dass ihm an einem befriedigenden Sozialkontakt gelegen ist, dass er sich geborgen und gesichert wissen möchte.

Wird diese «soziale Sicherheit» in ihrer ökonomischen Bedeutung verstanden, so ist gewiss der Wohlfahrtsstaat moderner Prägung in der Lage, Geld und Renten für alle möglichen Wechselfälle bereitzustellen. Trotzdem haben empirische Untersuchungen dargetan, dass das *Gefühl der Geborgenheit* dadurch nicht unbedingt geschaffen werden kann, sobald sein psychologischer Gehalt anvisiert wird. *Emotionale Unterernährung* kann mit anderen Worten auch im voll ausgebauten Hegungsstaat auftreten, weil eben nicht nur ein Bedarf an Kaufkraft oder Kalorien zu decken ist, sondern auch ein Gefühlsbedarf. Es wäre jedoch ein unverzeihlicher Paragraphenglaube, anzunehmen, diese Aufgabe liesse sich durch Grossorganisationen mit Schaltern und Beamten, mit Einkommensumverteilung und Steuerprogression, mit Rechtsansprüchen und Wirtschaftspolitik lösen. Der Staat ist seiner Natur nach überfordert, wenn er auch für diese Seite der Lebensqualität sorgen soll. Wenn es um Liebe und Zuneigung, um Hingabe und Mitgefühl geht, sind es einzig die *Intimgruppen*, die helfen können.

In ähnlicher Weise muss der Staat indessen auch versagen, wenn der Eindruck aufkommt, der *Glaubensbedarf* komme nicht auf seine Rechnung oder es sei ein *Verlust an Transzendenz* zu beklagen, die *Einordnung in die Gesellschaft* lasse zu wünschen übrig oder das *Tempo der Veränderungen* sei für die Fähigkeit zur Verarbeitung zu gross geworden, die *sozialen Spannungen und Konflikte* würden zu wenig gewaltlos ausgetragen oder der *Lebenssinn* sei in einer pluralistischen Wertordnung schwer zu finden. In allen diesen Fällen geht es eben nicht um Quantitäten und Marktwerte, sondern um Qualitäten und Lebenswerte. Niemand wird jedoch im Ernst behaupten wollen, sie seien für das Wohl des einzelnen und der Gesellschaft nicht mindestens so wichtig wie die Höhe des Realeinkommens.

Der Bildungsnutzen

Vernachlässigt wird in den überlieferten Wohlstandsberechnungen und Analysen weiter der «Ertrag», den wir aus dem angeeigneten Wissen und Können ziehen, falls daraus nicht ein Einkommensplus resultiert, sondern ein *Zuwachs an Weltverständnis und Selbstverständnis*. Hier wird die Bildung in ihrer Eigenschaft als Konsumgut ins Licht gerückt, und es sind die Lustgewinne, welche sich etwa aus einer breiten Allgemeinbildung ergeben, die Gegenstand der Betrachtung sind. Tatsächlich bereitet es Genugtuung,

wenn wir spüren, dass wir fähig sind, Probleme zu lösen und einen Überblick zu gewinnen, uns in einer komplizierten Welt zurechtzufinden und an den Debatten darüber sachverständig teilzunehmen. Es ist ein spezifischer *Erbauungsnutzen* zu verzeichnen, wenn wir gestützt auf unser Studium imstande sind, Kunstwerke zu beurteilen und zu geniessen.

Darüber hinaus darf vermutet werden, dass die bisherigen Statussymbole in Gestalt von dauerhaften Konsumgütern in der Bildungsgesellschaft der Zukunft mehr und mehr abgelöst werden durch immaterielle Dinge wie Lebenskunst oder Sprachenkenntnisse, kulturelle oder künstlerische Neigungen, die Fähigkeit, über interessante und exotische Dinge zu berichten, Meditation und Kontemplation usw. Wenn das der Fall ist, vermittelt die Bildung nicht nur Selbstachtung, sondern ausserdem *Geltungsnutzen*. Wir wissen jedoch zur Genüge, wie sehr diese Fremdachtung dem eigenen Ich wohltut.

Die Kollektivgüter

Wenn von der Qualität des Lebens die Rede ist, denkt man heutzutage in erster Linie an sauberes Wasser und frische Luft, an Ruhe und Stille, an unverdorbene Natur und schöne Landschaft, und man beklagt es, dass diese «Sozialgüter» früher in sozusagen unbegrenzter Menge (als «freie» Güter) verfügbar waren, während sie in der Gegenwart immer knapper erhältlich sind. Das ist zweifellos höchst bedauerlich und ruft nach Abhilfe. Wenn in diesem Zusammenhang vom «*Freizeitwert*» oder vom «*Erholungswert*» bestimmter Standorte gesprochen wird, ist daher genau der Umstand gemeint, dass Erholungsgebiete mit der Möglichkeit zum Naturkontakt verhältnismässig leicht erreichbar sind, dass Gelegenheit besteht zum Sport und zum Wandern, dass die Bevölkerungsdichte und die Verkehrsdichte nicht allzu gross sind, so dass auch das «*Syndrom der Enge*» sich nicht nachteilig bemerkbar macht.

So sehr indessen diese Aspekte in der aktuellen Diskussion mit Recht in den Vordergrund gerückt wurden, so wenig dürfen wir übersehen, dass es noch eine ganze Reihe von andern Kollektivgütern gibt, die für die Lebensqualität eine ebenso bedeutungsvolle Rolle spielen. So ist es gewiss alles andere als gleichgültig, wieviel *Zeit* jemand aufzuwenden hat, um vom Wohnort zum Arbeitsort und zurück zu gelangen, und unter welchen *Bedingungen* diese «gebundene Zeit» zuzubringen ist. Es ist im Bedarfsfalle von entscheidender Wichtigkeit, ob Ärzte und Pflegepersonal, Medikamente und Heilstätten zur Verfügung stehen oder nicht, ob der Patient als Nummer oder als Individuum behandelt wird. Nicht nur die Frage des *medizinischen*

Standards, sondern auch jene des *Schul- und Ausbildungsstandards* ist von grösstem Interesse. Nicht nur die *Vorsorge* für Alter und Krankheit, für Erwerbsausfall und Invalidität ist Bestandteil der Lebensqualität, sondern nicht minder die Abschirmung gegenüber anderen Wechselfällen des Lebens wie Hungersnöten und Seuchen.

In der Tat macht es einen erheblichen Unterschied aus, ob man in einem Lande zu leben hat, in dem *Raub* und *Diebstahl* an der Tagesordnung sind, in dem *Verschleppungen* und *Morde* keine Seltenheit sind, in dem man abends kaum mehr auszugehen wagt oder in welchem umgekehrt Ruhe und Ordnung zu den Selbstverständlichkeiten zählen. Erst derjenige, der eine solche Verunsicherung erlebt hat, pflegt sich über die Vorteile einer *gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Stabilität* Rechenschaft zu geben. Man muss die verheerenden Auswirkungen immer wiederkehrender Streiks am eigenen Leibe erfahren haben, um zu ermessen, wie hoch ein Klima der Verständigungsbereitschaft und der Zusammenarbeit zu schätzen ist.

Auch die *Geldwertstabilität* lässt sich durchaus als eine Art von Kollektivgut auffassen, dessen Vorteile allen zugutekommen und für dessen Aufrechterhaltung sich fast niemand einsetzen will. Im umgekehrten Fall sind jedoch die Schattenseiten evident: Kaufkraftübertragungen von den einen Bevölkerungsgruppen auf die anderen, denen keine Leistungen zugrunde liegen, Gewinne und Verluste also, die völlig «unverdient» sind und die natürlich Anlass geben zu berechtigten Protesten und im Extremfall sogar zu gesellschaftlichen Umwälzungen, zu einer Untergrabung des Rechtsstaates mit seiner Eigentumsgarantie und zu einer Aushöhlung der Autorität der Behörden.

In diesem Zusammenhang geziemt es sich deshalb auch, ein Wort zu verlieren über den *Rechtsstaat* in seiner Eigenschaft als Kollektivgut. Wenn man keine Gewissheit hat, irgendwann abgeholt und in ein Konzentrationslager gesteckt zu werden, wenn keine Garantie dafür besteht, dass man sich zureichend verteidigen kann, wenn man mit der Möglichkeit rechnen muss, gefoltert und unschuldig verurteilt zu werden – dann ermisst man in vollem Umfang, welches Plus es bedeutet, vor obrigkeitlicher Willkür geschützt zu sein. Ob man in einer *Diktatur* oder in einer *Demokratie* lebt, wird dann unter Umständen für das Lebensgefühl des einzelnen weit wichtiger als das Versorgungsniveau mit Gütern des Marktes. Es sind mit andern Worten auch *Rechtsgüter* aller Art, die zu einer befriedigenden Lebensgestaltung beitragen.

Nicht zuletzt muss hier darauf hingewiesen werden, wie sehr es darauf ankommt, ob der einzelne nicht nur *Untertan*, sondern *mitbestimmendes Subjekt* ist, ob er also im Rahmen der Gemeindeautonomie bei der Regelung der kommunalen Angelegenheiten mitreden kann, ob er auf der Ebene des

Gliedstaates und des Zentralstaates seine Stimme auch bei Sachfragen und nicht nur bei Wahlen in die Waagschale zu werfen vermag. Gilt das *Subsidiaritätsprinzip* in dem Sinne, dass die Probleme jeweils auf der niedrigst möglichen Stufe entschieden werden? Werden die Kompetenzen im Rahmen des Vertretbaren delegiert – und zwar nicht nur in den politischen Körperschaften, sondern auch in den Unternehmungen? Ist die *Macht* an der Spitze konzentriert oder möglichst *breit gestreut*? Gilt der Grundsatz der *Gewaltentrennung*?

Wenn wir uns die Tragweite der hier zur Diskussion stehenden Güter (zum Beispiel der *Menschenrechte*) zureichend vor Augen führen, verwundert es nicht mehr, dass der Wohlstandswettlauf zwischen Ost und West zwar vielleicht interessant sein mag, dass er für die Frage nach der vergleichsweisen Qualität des Lebens aber dennoch nicht mehr als einen Teilaspekt betrifft. Für viele und gerade für ethisch hochstehende Menschen ist demgegenüber die *Freiheit* wichtiger als ein reichlich gefüllter Warenkorb. Sie leiden in besonderem Masse unter der Unterdrückung eines zentralistischen und totalitären Systems.

Bei der Erörterung der Lebensqualität drängt es sich infolgedessen auf, den *Freiheitsrechten* einen gebührenden Platz einzuräumen. Was hierbei die *wirtschaftlichen* Freiheitsrechte anbetrifft, ist etwa die Frage aufzuwerfen, ob das einzelne Wirtschaftssubjekt imstande ist, seine Ersparnisse nach eigenem Gutdünken zu verwenden oder nicht (Investitionsfreiheit, Eigentum an den sachlichen Produktionsmitteln). Steht ihm die Möglichkeit offen, zu importieren, was es will und woher es will? Kann es sein Kapital im Ausland anlegen, wenn ihm dies besser passt? Ist es in der Lage, an beliebige Orte ins Ausland zu reisen? Steht ihm die freie Wahl der Studienrichtung und des Berufes offen? Kann es den Ort seiner Niederlassung nach persönlichem Gutdünken festlegen? Steht ihm nichts im Wege, einen eigenen Betrieb zu eröffnen? Wieviel Prozent seines Einkommens werden ihm von der öffentlichen Hand abgezwackt und wie gross ist der Rest, über den es nach eigenem Ermessen verfügen kann? Vermag es mit seiner Nachfrage einen Einfluss auszuüben auf das Produktionssortiment der Anbieter?

Für eine ganzheitliche Sicht

Die Liste dieser Fragen liesse sich begreiflicherweise nahezu beliebig verlängern. Schon in dieser Kürze dürfte sie jedoch genügen, um zu zeigen, wie *ungeheuer vielfältig* das Problem der Erfassung der Lebensqualität ist. Es unterscheidet sich daher fundamental von der Aufgabe einer Messung des *Lebensstandards*. In den Lebensstandard gehen im wesentlichen nur

Güter des Marktes ein, die man gegen Geld erwerben kann. Ausdruck dafür ist das Realeinkommen, das sich zusammensetzt aus Verbrauchsgütern aller Art, und das errechnet wird, indem man das Nominaleinkommen korrigiert durch die Entwicklung des Preisniveaus. Dieses Nominaleinkommen ist seinerseits eine homogene Grösse.

Etwas umfassender ist bereits das *Brutto- oder Nettosozialprodukt pro Kopf*, schliesst es doch auch die Leistungen ein, welche die öffentliche Hand erbringt. Sie sind zum Teil unter den Kollektivgütern aufgeführt worden. Wenn es allerdings darum geht, Sozialgüter wie das Kulturerbe oder die Schönheit der Umgebung, Kollektivübel wie die Unwirtlichkeit der Städte oder die vaterlose Gesellschaft einzubeziehen, versagt dieser Begriff. Zur Qualität des Lebens gehören indessen auch solche Dinge – ebenso wie beispielsweise die Raschheit des sozialen Wandels oder die Aufstiegsmöglichkeiten, der Grad der Rassendiskriminierung oder die Vereins- und Versammlungsfreiheit, die sozialen Grundrechte oder die Möglichkeit zur Wahrung der eigenen Interessen.

Daraus ist mit aller Deutlichkeit zu erkennen, dass die subjektive Lage der Bürger in zwei Ländern total verschieden sein kann, selbst wenn der Indikator des Sozialproduktes pro Kopf den gleichen Pegelstand aufweisen sollte. Wollte man nun aber so etwas wie einen *Zufriedenheitsindex* ermitteln, so wären offenbar alle jene Komponenten einzubeziehen, die hier in Betracht gezogen wurden: die Befriedigung der psychischen und der gesellschaftlichen Bedürfnisse, der Freizeitnutzen und der Arbeitsnutzen, der Gesundheitszustand im weitesten Sinn des Wortes und der Bildungsnutzen, der Nutzen aus den Individualgütern und aus den Kollektivgütern aller Art.

Daraus geht klar hervor, wie eng jene Betrachtungsweise ist, die sich auf die wirtschaftliche Seite des ganzen Problems, das heisst auf die *ökonomischen Güter* beschränkt. Diese sollen gewiss nicht vernachlässigt werden. Ihnen aber jenen entscheidenden Stellenwert zuzuerkennen, wie das bisher in der Wirtschaftswissenschaft und in der Wirtschaftspolitik geschah, erscheint nur in einer Armutsgesellschaft halbwegs zulässig. Sobald dieser Zustand einigermassen überwunden ist, gilt es zu berücksichtigen, dass das Problem *yieldimensional* wird. Wie sehr sich die Perspektiven verschieben, wird am besten anhand einer Analogie ersichtlich. Die Kranken haben im allgemeinen nur einen, aber dringenden Wunsch: wieder gesund zu werden. Die Gesunden dagegen sind in der Regel nicht wunschlos, sondern beseelt von einer Vielzahl von Strebungen, Motiven und Mangelempfindungen.

Diese Bedürfnisse und die ihnen entsprechenden Güter lassen sich nun allerdings kaum mehr auf einen Nenner bringen. Zu den wirtschaftlichen Gütern treten die rechtlichen und die ethischen. Der Güternutzen wird ergänzt durch den Geltungsnutzen. Über das blosse Leben hinaus möchte

man auch schöner leben. Die Identifikation der Lebenswerte mit den Marktwerten wird zu einer nahezu unverzeihlichen Sünde der modernen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Denn dieser Fehler verleitet zur Annahme, es genüge, den bisherigen Kurs der Steigerung des Versorgungsniveaus fortzusetzen, um die Menschen glücklich zu machen.

In Wirklichkeit stellt sich heraus, dass das *Glück* eben *nicht eine Frage der blossen Organisation und des Wirtschaftsertrages* ist. Der Glaubenssatz, es sei gleichsam nach Belieben herstellbar, führt zwangsläufig zu schweren *Enttäuschungen*. Weder gibt es einen Zufriedenheitsindex, der sich in einer einzigen Zahl ausdrücken liesse, noch ist das «grosse Kollektiv» in der Lage, den Bedarf an ausserökonomischen Gütern ohne weiteres zu sättigen. Mit Hilfe der Wirtschaftspolitik lässt sich weder ein harmonisches Familienleben noch ein zufriedenstellendes Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen herbeiführen, obwohl beides für das subjektive Wohlbefinden von grösster Wichtigkeit ist.

Es ist höchstens die *Gesellschaftspolitik*, die auf diese ausserwirtschaftlichen Verhältnisse einen gewissen Einfluss auszuüben vermag. Für sie wird freilich die Aufgabe schon ihrer Natur nach ungeheuer *schwierig* – unvergleichlich schwieriger jedenfalls als die blosse Maximierung des Sozialproduktes oder der wirtschaftlichen Wachstumsrate, die in der Vergangenheit im Mittelpunkt stand. Es geht jetzt darum, den Menschen nicht bloss als Esser und Trinker, das heisst als Konsument von Marktgütern zu betrachten, sondern als ökonomisches und als soziales Wesen, als biologisches und als politisches Geschöpf, als Träger von seelischen und geistigen Ansprüchen, als Produzent und als Verbraucher von Kollektivgütern, als Erwerbstätigen und als Verwender von Freizeit.

Die Analyse der Qualität des Lebens mündet daher letzten Endes in eine *anthropologische Ganzheitsbetrachtung*. Das ist keineswegs erstaunlich. Erstaunlich ist vielmehr weit eher die Beobachtung, wie sehr bisher einzelne wissenschaftliche Disziplinen jeweils gesonderte Aspekte des gesamt menschlichen Daseins herausgriffen und zum Gegenstand ihrer Untersuchungen machten und wie sehr man es unterliess, ihre Einzelbefunde wieder zusammenzufügen zu einem abgerundeten Ganzen. Hätte man das getan, so wäre man nämlich schon viel früher darauf gekommen, dass die Optimierung von Subsystemen (beispielsweise die Befriedigung des *homo oeconomicus*) durchaus im Widerspruch stehen kann mit einem Optimum des Gesamtsystems. Wenn daher jetzt die Qualität des Lebens in einem umfassenden Sinne als Ziel der Gesellschaftspolitik anerkannt wird, handelt es sich nur um die Deckung eines dringenden Nachholbedarfs, gleichzeitig allerdings auch um eine grundlegende Neuorientierung.